

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 17 (1976)
Heft: 13

Artikel: Weg mit dem Marxismus-Leninismus! : Der Nipponkommunismus geht weiter als der Eurokommunismus
Autor: K.D.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094703>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Nippokommunismus geht weiter als der Eurokommunismus

Weg mit dem Marxismus-Leninismus!

Es ist ein geographisches Paradox, das politisch nicht weiter zu stören braucht: Der Eurokommunismus geht am weitesten in Japan. Als äusseres Wahrzeichen dafür gilt, dass die japanische KP nicht nur den Begriff «Diktatur des Proletariats» aus ihrem Vokabular gestrichen hat (seit 1973), sondern verblüffenderweise auch den Begriff des Marxismus-Leninismus streichen will.

Die Kommunistische Partei Japans wird Ende Juli oder Anfang August einen ausserordentlichen Kongress abhalten, auf dem diese begriffliche Operation vorgenommen werden soll. Als Ersatz für den «Marxismus-Leninismus» ist der «wissenschaftliche Sozialismus» vorgesehen.

Weil dieser Terminus durchaus als Umschreibung des Marxismus-Leninismus auch im Sowjetlager existiert, liesse sich zunächst an einen bloss kosmetischen Eingriff denken, aber das Zentralkomitee hat in seiner Sitzung vom 11. Mai kundgetan, dass es den neuen Wortgebrauch als neue Sinngabe verstanden haben will. Die Gegebenheiten hätten sich zwischen 1917 (in Russland) und heute (z. B. in Japan) tiefgreifend geändert, erläuterte Parteichef Kenji Miyamoto, und der Begriff des «wissenschaftlichen Sozialismus» beziehe sich auf grundlegende Entwicklungen in den Konzeptionen seit Lenins Zeiten.

Taktisches Interesse evident

Der ausserordentliche Parteitag, der diesen Wortgebrauch in dieser Deutung gutheissen soll, ersetzt den regulären Kongress, der von diesem Herbst auf das nächste Jahr verschoben wird.

Die ausserfahrplanmässige Eile lässt sich erklären. Der von der Opposition nach Kräften ausgenützte Lockheed-Skandal kann (zusammen mit andern Schwierigkeiten der liberaldemokratischen Regierung) zur vorzeitigen Ausschreibung von Wahlen führen. Und für diesen Fall will die KPJ mit einem Image auftreten, das für möglichst viele Wähler akzeptabel ist. Das taktische Interesse an dieser Neuerung zu diesem Zeitpunkt ist also evident.

Im gleichen Sinne begreiflich sind die Bekenntnisse zur Verfassungsmässigkeit und zum politischen Pluralismus (auch für Gegner der angestrebten Ordnung?), die auch in Westeuropa vom Wahlkalkül nicht zu trennen sind.

Stärker als bei den europäischen Genossen fällt in Japan die Distanzierung von bestehenden kommunistischen Regimes aus. Dabei lehnt man heute ein Moskauer Zentrum ebenso explizit ab wie ein Peking Zentrum, und die Periode wechselweiser Präferenzen scheint abgeschlossen zu sein.

(Im sino-sowjetischen Streit hatte die KPJ vorerst eher Partei für Peking ergriffen, mit dem sie aber 1966 brach, als Mao darauf beharrte, die Sowjetrevisionisten als Verbündete der Amerikaner im Vietnamkrieg zu betrachten. Zur KPdSU

normalisierte die KPJ 1971 ihre Beziehungen, nachdem Moskau auf die weitere Unterstützung einer pro-sowjetischen Splitterpartei verzichtet hatte, aber das Verhältnis blieb kühl. Dieses Jahr boykottierte die KPJ den 25. KPdSU-Kongress.)

Bezüglich kontinuierlicher Modernisierung ähneln die japanischen Kommunisten eher der italienischen als der französischen KP. Die neueste Selbstdarstellung ist nicht so abrupt gekommen, sondern steht am vorläufigen Ende eines Prozesses, der unter Miyamotos Leitung nunmehr seit 15 Jahren andauert.

Massenpartei dank «Entradikalisierung»

Der Erfolg dessen, was man «Entradikalisierung» genannt hat, ist unbestreitbar. Die Zahl der Parteimitglieder stieg zwischen 1961 und 1976 von 80 000 auf 350 000, und das Wählerpotential ist in der gleichen Periode noch viel eindrücklicher gewachsen: von gut einer Million auf knapp sieben Millionen Stimmen. Die parlamentarische Vertretung hat sich von 4 (1960) auf 59 Sitze (1974) verstärkt. Die KPJ ist nach den regierenden Liberaldemokraten und den Sozialisten die drittstärkste Partei im Abgeordnetenhaus.

Wie die KPJ heute ihre Rolle im nationalen Leben und in der internationalen kommunistischen Bewegung verstanden haben will, erläuterte Tetsuzo Fuwa, als Vorsteher des Sekretariats der

zweite Mann der Partei, in der englischsprachigen «Mainichi Daily News» (10. und 12. Mai 1976).

Unabhängigkeit der nationalen KP's: im Kapitalismus leichter als im Sozialismus

Beiläufig erwähnte er die Diktatur des Proletariats als «die politische Form der Sowjetunion» und betonte, die gegenwärtige Neudefinierung von Begriffen der Doktrin durch die KPJ sei Ausdruck des anhaltenden Strebens seiner Partei nach Unabhängigkeit; Einmischungen würden da nicht hingenommen:

«Wir sind der Auffassung, dass die revolutionäre Strategie eine Sache von Volk und Partei eines jeden Landes ist. Wie gross auch gewisse Länder sein mögen, es steht ihnen nicht zu, ihre Macht dazu zu gebrauchen, andern Ländern ihre Ansichten aufzuzwingen. Wir jedenfalls haben uns ihren Einmischungen erfolgreich widersetzt.

Zu jener Zeit fand unsere unabhängige Haltung nicht eben viele Nachahmer in andern Parteien, aber jetzt, nach rund zehn Jahren, finden immer mehr Parteien in kapitalistischen Ländern den Weg zur gleichen Auffassung, eine Tatsache, die wir begrüssen.

Was die sozialistischen Länder angeht, so könnte langfristig die Revolution in die gleiche Richtung weisen. (...) In Europa gibt es einige sozialistische Länder, die unabhängige Positionen einnehmen. Das gleiche trifft auf Asien zu. Nach ihrem langen Krieg gegen den US-Imperialismus in Vietnam nehmen die Länder Südasiens eine selbständige Haltung ein. Das sind wichtige Faktoren. (...)

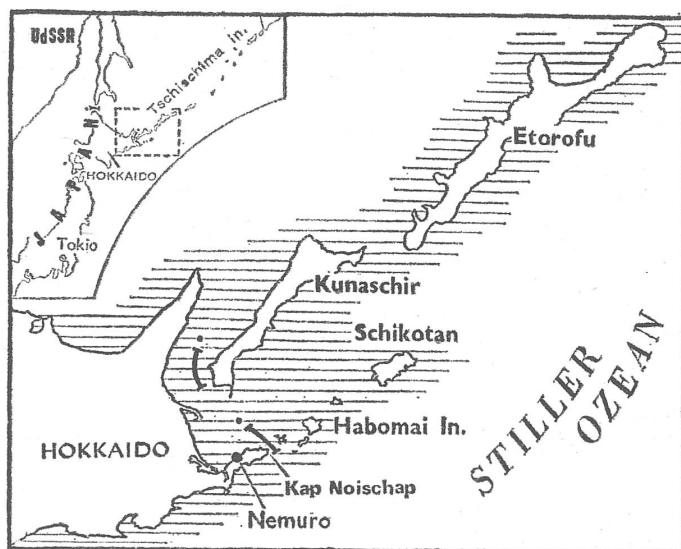
Aber ob es sich um kapitalistische oder sozialistische Länder handelt: Alle kommunistischen Parteien in der internationalen kommunistischen Bewegung sollten ihre Beziehungen untereinander auf der Grundlage von Autonomie und Selbständigkeit pflegen.»

Kein Schweigen zur CSSR

Ebenso wie sich die KPJ Einmischungen in ihre Angelegenheiten verbitte, enthalte sie sich selber ebenfalls der Einmischung in Angelegenheiten anderer Parteien. Deshalb gedenke die KPJ auch nicht, sich öffentlich zur Linie anderer Parteien zu äussern.

Die Frage des Interviewers, ob das nicht die

Zu den Dingen, die das Verhältnis von KPJ und KPdSU zuverlässig belasten, gehören die immer noch von den Sowjets besetzt gehaltenen japanischen Territorien. China unterstützt natürlich in der Kurilen-Frage nachdrücklich die Rückgabeforderungen Japans. Zu dieser Skizze schrieb die «Peking Rundschau»: «Man kann dort (bei der Insel Kunaschir) miterleben, wie japanische Fischer verfolgt werden, wobei sowjetische Patrouillenboote die Fischerboote stürmen, verjagen oder die Fischer festnehmen.»





So «entradikalisiert», wie sie sich in wohlabgewogenen Erklärungen gibt, ist die Kommunistische Partei Japans nun auch wieder nicht, wenn es zum Beispiel darum geht, ihre Macht auf der Strasse zu zeigen.

Diese antigouvernementale und antiamerikanische Demonstration vom 1. Mai 1972 sollte als «blutige Maifeier» eine Serie von Gewaltanwendungen einleiten. Den Kommunisten, die hier mitmachten, musste es in jenem Zusammenhang darum gehen, sich nicht von der Militanz der Linksozialisten und der «neulinken» Gruppen wie die Sehigun-Ha (Rote Armee Fraktion...) in den Schatten stellen zu lassen. Gegen die Verlängerung des Sicherheitsabkommens mit den USA wurde das Land damals in regelrechten Aufruhr versetzt.

Im Umgang mit den pluralistischen Kräften hat die KPJ also das Gesicht, das sie jeweils aufzusetzen beliebt.

schweigende Hinnahme zum Beispiel der sowjetischen Invasion in der Tschechoslowakei bedeuten müsste, verneinte Fuwa allerdings mit Bestimmtheit. Tatsächlich hatte die KPJ 1968 den sowjetischen Ueberfall auf die CSSR verurteilt.

Ebenso deutlich hatte sich übrigens die japanische KP anlässlich der Unruhen an der polnischen Küste im Dezember 1970 geäußert. Fuwa selbst sagte dazu an einer Pressekonferenz vom 19. 12. 1970: «Dass Regierung und Partei nicht auf die dringlichen Forderungen von Volk und Arbeiterschaft hörten und statt dessen Zusammenstöße herbeiführten, die den Tod von 10 bis 20 Personen zur Folge hatten, das ist etwas, was in einem sozialistischen Land nicht vorkommen dürfte, in einem Land, wo angeblich (!) die Volksmacht besteht.»

Zur Frage der Tschechoslowakei nimmt Fuwa heute allerdings praktisch nur rückblickend Stellung:

«Als der Einmarsch in die Tschechoslowakei stattfand, gehörte die KPJ zu den Parteien, welche die Sowjets am schärfsten kritisierten. Wir haben die Invasion als Akt der Aggression definiert. (...)

Auch wenn es nicht um einen direkten Angriff auf unsere Partei geht, gibt es internationale Probleme, zu denen wir angesichts unserer internationalen Verantwortung nicht schweigen dürfen. Die tschechoslowakische Frage ist hier als Beispiel zu nennen. Obwohl die sowjetischen Panzer nicht nach Tokio kamen, musste unsere Partei ihren Standpunkt in dieser äusserst wichtigen Sache deutlich kundtun.»

Was die Innenpolitik angeht, wird das Bekenntnis zur pluralistischen Demokratie in ähnlichen Wendungen ausgesprochen wie in den Parteien des Eurokommunismus, wo es eindeutig ist, dass

die pluralistische Demokratie nicht den Feinden des Systems zugute kommen soll, denen nach wie vor lediglich die bürgerliche Demokratie politische Wettbewerbsfreiheit zugesteht.

Schulterchluss mit den Genossen in Italien, Frankreich und Spanien

«Das parlamentarische System, die Redefreiheit und das Mehrparteiensystem nehmen in den jeweiligen Ländern entsprechend ihrer Lebensart ihre eigene Färbung an und bilden den Hintergrund zur Ausübung demokratischer Rechte.

Ohne Dogmatismus suchen wir wissenschaftlich den Weg zu erforschen, auf dem der Sozialismus gemäss den Bedingungen eines jeden Landes erreicht werden kann. Das ist es, was wir als Kommunismus und wissenschaftlichen Sozialismus betrachten. Wir denken, dass unsere Genossen in Italien, Spanien und Frankreich diese Ansicht teilen.»

Mit diesen drei westeuropäischen Parteien sieht sich die KPJ denn auch in Allianz. Sie drückt sich in lebhaften Kontakten aus; sowohl der spanische Parteichef Santiago Carillo als auch der französische Parteichef Georges Marchais waren diesen Frühling in Tokio, und Enrico Berlinguer verschob seinen Besuch lediglich wegen der italienischen Wahlkampagne. Die nach Delegationsausprachen herausgegebenen Communiqués enthalten gemeinsame Auffassungen mit unterschiedlichen Betonungen.

Wider Staatsmonopol auf Ideologie

Soweit die Abkehr vom Sowjetmodell das Kriterium ist, geht eindeutig der Text am weitesten, der nach dem Besuch der spanischen KP-Vertretung von beiden Parteien verfasst worden ist:

«In den sozialistischen Gesellschaften, die unsere

zwei Parteien anstreben, wird es dem Staat niemals gestattet sein, eine besondere Ideologie zur Staatsideologie oder zur ‚autorisierten Philosophie‘ zu machen. Ebenso wenig wird ihm gestattet sein, die Bevölkerung zur Annahme einer solchen Ideologie zu zwingen. (...)

Die Ideologie einer bestimmten Partei oder ihre Interpretation von Marx, Engels und Lenin in den Rang eines Absoluten zu erheben, andere Parteien zu verurteilen, wenn sie sich nicht danach ausrichten, ihr Verhältnis zu dieser Partei als ‚Prüfstein des proletarischen Internationalismus‘ zu definieren, das bedeutet die Autonomie der andern kommunistischen Parteien zu leugnen. Und das ist unvereinbar mit der schöpferischen Entwicklung des wissenschaftlichen Sozialismus und seiner Ideologie, mit der Entwicklung revolutionärer Volksbewegungen und mit der Pflicht, die Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung wiederherzustellen und zu stärken.» (Zitiert aus der australischen KP-Zeitschrift «Tribune», 14. 4. 1976.)

Jeder soll nach seiner eigenen Façon Kommunist sein dürfen. Eine erfreuliche Forderung. Wirklich ist sie bis jetzt allerdings ausschliesslich in «kapitalistischen» Ländern. K. D.



In Japan hatte man seinerzeit mit Erfolg gegen den amerikanischen Stützpunkt auf Okinawa demonstriert: die USA gaben ihn an Japan zurück. Gerade deswegen aber wird es für die KPJ immer mehr zur Peinlichkeit, dass die Sowjets ihrerseits die von ihnen okkupierten Territorien nicht zurückgeben.

Seitdem der amerikanische Prügelknabe weg ist, steht territorial nur noch das sowjetische Verhalten zur Debatte, und die japanischen Kommunisten können es sich gar nicht leisten, die nationalen Interessen ihres Landes in der öffentlichen Diskussion den Interessen der UdSSR hintanzustellen.

So hat die Abgrenzung zu Moskau in einer wichtigen Sache einen viel realeren Bezugspunkt als die unterschiedliche Distanzierung, die von den «Eurokommunisten» bei uns vorgenommen wird.